

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Postamt 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. einschließlich Abgabe. Abnehmer außerhalb des Postbezirks zahlen 25% Zuschlag. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Wichtigste: Die 8. gestaltete Nummer 20 Wilsdruff, die 4. gestaltete Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Wilsdruff, die 3. gestaltete Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Wilsdruff, die 2. gestaltete Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Wilsdruff, die 1. gestaltete Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Wilsdruff.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostgen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 279. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff. Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 1. Dezember 1927

## Der Ruffenschreck.

In Genf wird es sehr ziemlich lebhaft zugehen; natürlich — wie das des Landes dort der Brauch ist — hinter den Kulissen. Sind doch als „förendes“ Element die Russen anwesend, und was alles diese Delegation im Schilde führt, erfüllt mit Bangen manche Brust. Ihnen, die Politik mit einer gewissen Hemdärmeligkeit zu betreiben pflegen, ist ja auch alles mögliche zuzutrauen, und man versucht daher, mit den Mitteln der bisherigen Diplomatie dagegen anzugehen.

Abrüstung — auf dieses Wort erhält man nachgerade nur ein abschließendes Lächeln. Der alte englische Idealist Lord Cecil hat sein Mandat beim Völkerbund in Genf jenenbrannt niedergelegt, als auch die letzte Beratung der Abrüstungsfrage wie das Hornberger Schießen endete. Aufsetzendes Lächeln antwortet, wenn etwa irgend jemand seinem Glauben Ausdruck gibt, die Abrüstungskommission werde zustande bringen, was der Vorbereitenden Kommission ebenso mißlingt wie der Drei-Mächte-Konferenz, die sich zudem nur mit der See-Abrüstung befaßt. Freilich, die Russen...! Wenn möglich, hat man sich die Arbeit noch erschwert...! Mit Absicht? — dadurch daß jetzt auch offiziell die Fragen der „Sicherheit“ und der „Abrüstung“ in enger, offizieller Zusammenhang gebracht werden. Eine besondere Kommission für die Behandlung dieser „Sicherheitsfrage“ soll geschaffen und neben die „Abrüstungskommission“ gestellt werden. Das einzige, was dabei herauskommt, ist vermutlich nur, daß — noch mehr geredet wird. Ist man sich doch nicht einmal einig darüber, ob eine allgemeine Abrüstung die Voraussetzung für eine wirkliche Sicherheit der Völker gegen Angriffe von außen her ist oder ob erst Sicherungen geschaffen werden müssen, die sich haltbar, ehe man an eine Abrüstung herangehen kann. Ein Beispiel für die Wirksamkeit in den Köpfen: Soeben hat in London ein „Parlamentarischer“ Senator de Fontenay eine Rede gehalten, daß die gefährlichste Krise im Jahre 1925 heraufziehen werde, wenn nämlich die Franzosen die Rheinlande räumen müßten. Damit hielten die besten Friedenspländerer und Frankreich müsse bis dahin dafür sorgen, daß andere Sicherheiten gegen eine Friedensstörung geschaffen werden, d. h. natürlich: gegen Deutschland. Und dieser Gemütszustand de Fontenay nennt sich einen Pazifisten. Aber wunderbarlich ist das ja auch nicht mehr, seit der französische Sozialist Paul Boncour als Vorsitzender der Abrüstungskommission in der französischen Kammer die militärische Ausrüstung Frankreichs auf breiter Grundlage und mit der einzigen Spitze gegen Deutschland organisierte. So muß sich in diesen Köpfen das „Abrüstungs-“ und das „Sicherheitsproblem“ darstellen. Daß dann nichts Praktisches, nichts Greifbares bei all diesen Verhandlungen herauskommt, ist selbstverständlich, auch wenn hier und da einmal ein paar Kratzer nicht gebort werden, die Verwendung von Kampfstoffen „verboten“ wird.

Ein paar Tage später beginnt ja auch die Tagung des Völkerbundes und da wird man zum mindesten über „Sicherheit“ mehr als ausgiebig sprechen dürfen. So ganz unsonst geht doch Marcial Pilsuiski nicht nach Genf und sein litauischer Kollege Woldeparas wird ja auch anwesend sein. Und es wird auf diese Verhandlungen die Art von großer Bedeutung sein, wie — und ob überhaupt — jene beiden Fragen der Abrüstung und der Sicherheit angepaßt worden sind. Schon spielen politische Strömungen und Gegenströmungen eine so erhebliche Rolle, daß die Delegationen von tiefstem Optimismus erfüllt nach Genf gegangen sind. Voller Argwohn wird auf die Beziehungen Deutschlands und Rußlands gesehen, die beide das größte Interesse an einer gründlichen Aussprache namentlich in der Abrüstungsfrage haben. Wandert die Delegationen zufolge ist aber mehr wie zweifelhaft, ob England, Frankreich, Italien es dazu kommen lassen werden. Auch dies ist schließlich eine — Nachfrage. Deutschland hat aber das allergrößte Interesse daran, nicht gleich vor dem ersten Widerstand oder heimlichen Widerstand zurückzuweichen; hat es dabei doch die kleinen Staaten auf seiner Seite. Aber leider wird auch darauf die baldige Völkerbundratstagung einen Schatten und wird wohl die Veranlassung zu der üblichen „Juridicalität“ geben. Obwohl die allgemeine Abrüstung zu verlangen zum mindesten unser Recht ist. Hat man doch die militärische Ohnmacht Deutschlands mit der ausdrücklichen Bemerkung im Versäler Frieden herbeigeführt, daß sie nur den Anfang der allgemeinen Abrüstung darstellen solle. Bis hier blieb es bei Worten. Wie immer und überall.

## Dr. Braun gegen Herrn v. Reudell.

Der preussische Ministerpräsident an den Reichskanzler. Am letzten Sonntag fand im Zirkus Busch zu Berlin eine Versammlung der „Deutschen Studentenschaft“ statt, die sich gegen die von dem preussischen Kultusminister Dr. Becker angeordnete Neuorganisation des Studentenrechts wandte. Bei der Versammlung wurde ein Besetzungstelegramm des Reichsinnenministers v. Reudell verlesen. Dieser Vorgang hat zu Beratungen im preussischen Ministerium geführt, als deren Resultat ein Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten...

## Russischer Vorstoß in Genf

Weitgehendste Forderungen.

Mittwoch, kurz nach 11 Uhr, wurde die vierte Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf durch den Präsidenten London, dem holländischen Gesandten in Paris, mit einer Rede eröffnet, in der er sich kurz zum Stand der Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz äußerte. Der Andrang von Publikum und Presse war sehr stark. Die Aufmerksamkeit lenkt sich natürlicherweise stark auf die Russen, die ziemlich als letzte im Saal erschienen: Litwinow, Lunatschki, Generalstabeschef Aungaischow, Admiral Werens und ihre Begleiter. Sie nehmen, dem Alphabet entsprechend, am linken Ende des Hofeisenbahns Platz. Der deutsche Vertreter Graf Bernstorff ist ihnen sitzend gegenüber. Im Publikum bemerkt man den Sekretär der Zweiten Internationale, Fritz Adler, der den ehemaligen österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh erschossen hat. Der Präsident hatte bei seiner Begrüßung noch auf die Entschiedenheit der Völkerbundversammlung über die Aufgaben des zu bildenden Sicherheitsausschusses hingewiesen. Die Abrüstung werde noch jahrelang auf sich warten lassen. Nach Wahl des Bureaus sprach

### Graf Bernstorff, der deutsche Vertreter.

Er erwähnt den Brief, den er am 12. November an den Präsidenten London gesandt habe und der zu Mißverständnissen geführt hat. Niemals habe er die zweite Lesung des Einigungsentwurfs schon jetzt beginnen lassen wollen; er habe nur eine Generaldebatte über das gesamte Problem der Abrüstung abhalten lassen wollen mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse und auf das Erscheinen neuer Mitglieder. Das könne mit leichter Änderung der Abrüstungskonferenz geschehen. London dankt Bernstorff für seine Ausführungen und erklärt sich einverstanden.

### Die russischen Vorschläge.

Da sich im Augenblick niemand zum Wort meldet, spricht als erster der Führer der russischen Delegation, Litwinow. Er begann in englischer Sprache mit einem Hinweis auf die bisherige Unfruchtbarkeit der Arbeiten des Völkerbundes. Da die Sowjetrepublik bisher infolge der Ermordung Borowikis in der Schweiz und des Freispruchs seiner Mörder verhindert gewesen sei, an den Verhandlungen der Abrüstungskommission teilzunehmen, müsse er heute hier den Plan der Sowjetrepublik für eine vollständige und allgemeine Abrüstung vorlegen. Rußland sei stets für die Abrüstung gewesen. Es habe schon in Genf praktische Vorschläge gemacht, die abgelehnt wurden. In Washington sei es nicht zugelassen worden. Im Dezember 1922 habe Rußland den Nachbarstaaten in Moskau praktische Abrüstungsvorschläge gemacht. Auch dies wurde abgelehnt.

ten an den Reichskanzler anzusehen ist, das am 30. November an Dr. Marx übergeben wurde und folgenden Wortlaut hat:

Hochgeehrter Herr Reichskanzler! Der Herr Reichsminister des Innern hat zur Rundgebung der Deutschen Studentenschaft, die am vorigen Sonntag, den 27. November, gegen das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattgefunden hat, an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft nach unwiderstehlichen geliebten Zeitungsberichten folgendes Telegramm gerichtet: „Im Geist unter Ihnen in innerer Verbundenheit besinnt sich erneut zu Ihnen mit herzlichsten Grüßen und Wünschen v. Reudell.“

Auf Erkundigungen bei den zuständigen Stellen des Reichsinnenministeriums ist die Tatsache der Absendung des Telegramms bestätigt, allerdings hinzugefügt worden, daß man den authentischen Wortlaut nicht kenne, daß er aber dem Sinn der oben angeführten Depesche entspreche.

Ich muß bei Ihnen, hochgeehrter Herr Reichskanzler, auf das entschiedene dagegen Verwahrung einlegen, daß ein Mitglied der Reichsregierung in einer Frage, die die preussischen Hochschulen und Studentenschaften aufs tiefste erregt und die Hochschulen in heftige politische Kämpfe hineinzuziehen droht, gegen die verantwortliche preussische Regierungspolitik in einer Weise öffentlich Stellung nimmt, die sich mit den gegen das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten Angriffen identifiziert. Ich muß hierin wie jedermann eine starke Bräuterei in der Politik der preussischen Regierung erblicken, um so mehr, als der Herr Reichsminister des Innern bereits mehrfach akademische, insbesondere völkische Gruppen, die gegen die preussische Regierung Stellung genommen haben, in ihren Angriffen durch seine Haltung offensichtlich bestärkt hat. Da sich eine derartige Einstellung des Herrn Reichsministers Dr. v. Reudell mit ausgesprochenem Spize gegen die preussische Regierung

### Litwinows vierzehn Punkte.

Nunmehr gibt Litwinow den Abrüstungsplan bekannt, über den die russische Delegation zu verhandeln ermächtigt sei. Er besteht aus 14 Punkten und zählt im einzelnen auf:

1. Entlassung aller militärischen Personalbestände und Verbot ihrer Einberufung; 2. Zerstörung aller Waffen, Munition, chemischen Kriegsmittel usw.; 3. Zerstörung aller Kriegsschiffe und militärischen Luftschiffe; 4. Aufhören der militärischen Ausbildung in jedem Sinne und Verbot des Militärdienstes; 5. Verbot, die Reservisten auszubilden; 6. Niederlegung der Festungen; 7. Unterdrückung der Kriegsindustrie; 8. Aufhebung der Militärbudgets; 9. Aufhebung der Kriegsministerien und der Generalstäbe; 10. Verbot der Militärpropaganda; 11. Verbot der Patente für Kriegserfindungen; 12. Erfüllung aller Verträge gegen die vorstehenden Punkte als Staatsverbrechen; 13. gleichzeitige Abrüstung aller Staaten in Gruppen von vier Jahren. Die erste Gruppe solle nächstes Jahr beendet sein. Die freien Geldmittel sollten zu Kulturzwecken verwendet werden; 14. sofortige Ratifizierung des Verbots zur Anwendung von Gas als Kampfmittel.

Wenn die anderen Mächte es ablehnen sollten, über die ersten zwölf Punkte zu verhandeln, die in einem Jahr durchgeführt sein sollen, so würden die Russen auch zunächst über Punkt 13 verhandeln.

Die gegenwärtige Kriegsgefahr erfordert nach russischer Ansicht sofortiges Eingreifen. Rußland erinnere daran, daß es anfänglich der Kriegsgefahr im Vordersten nicht nur in Warschau, sondern auch in Kowno eingeschritten sei. Schließlich unterbreitet Litwinow folgenden Resolutionsentwurf:

Sofortiger Beginn der Ausarbeitung eines Detailprojektes einer Abrüstungskonvention auf Grundlage der russischen Vorschläge, Einberufung einer Abrüstungskonferenz für März 1928.

In Saale wurden die Darlegungen des russischen Redners — von denen er selbst sagte, sie erschienen vielleicht wie eine Utopie, aber nur im ersten Augenblick — mit sichtbar steigender Begeisterung, jedoch unter lautloser Stille entgegengenommen.

Unmittelbar nach Schluß der Rede Litwinows wurde die Sitzung auf den späten Nachmittag vertagt.

### Eine neue Waldemarasnote an den Völkerbund.

Kowno, 30. November. Wie der nach Kowno entsandte Sonderberichterstatter der T. L. meldet, hat Waldemaras eine weitere Ergänzungsnote an den Völkerbund gerichtet, in der entgegen polnischen Behauptungen festgestellt wird, daß keine Desertierungen in der litauischen Armee vorgekommen sind. Wenn Polen von einer Massenflucht litauischer Soldaten nach Polen spreche, so sei Rußland gezwungen, sein Militär zu konzentrieren, denn die Verantwortung liege nahe, daß man in Polen Banden gegen Litauen organisiere.

auch schon bei anderen Gelegenheiten bemerkbar gemacht hat, so darf ich Sie, Herr Reichskanzler, ergebenst bitten, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß sich derartige Fälle unter keinen Umständen wiederholen, da die preussische Regierung anderenfalls sich zu ihrem Bedauern genötigt sehen würde, jeden Vertreter mit dem Herrn Reichsminister Dr. v. Reudell abzubrechen.

Zu bekannter Hochachtung und Verehrung Ihr gez. Braun.

Das Reichskabinett hatte im Laufe des Mittwoch eine Sitzung einberufen. Es wurde angenommen, daß der Reichskanzler in einer anschließenden Ministerbesprechung die preussische Beschwerde vorbringen wird, um Dr. v. Reudell Gelegenheit zu geben, zu den vorwürflichen Stellung zu nehmen, die Preußen gegen ihn erhebt. Weiter hörte man, daß der Konflikt auch ein parlamentarisches Nachspiel haben wird, da die Oppositionsparteien entsprechende Interpellationen im Reichstag in Aussicht genommen haben.

### Deutschnationale Stellungnahme.

Dieser so plötzlich aufgetauchte Zwischenfall ist geeignet, einen neuen Spannungspunkt zwischen der Reichsregierung und dem preussischen Kabinett zu bilden. Er wird starke Auseinandersetzungen zwischen den Parteien hervorrufen.

So läßt sich bereits ein Berliner rechtsstehendes Blatt: „Es geht um zum Ganzen der bisherigen Geschäftsführung des preussischen Ministerpräsidenten, wenn er auch in diesem Falle wiederum den Abbruch der persönlichen und dienstlichen Beziehungen einem Ranne gegenüber androht, der es mit seinem Gewissen nicht zu vereinbaren wußte, nach der Heise zu tanzen, die jetzt in Preußen angeklungen wird. Der letzte Abzug in dem Briefe des preussischen Ministerpräsidenten ist eine Ungehörigkeit und dürfte auch wohl als ein